



Landgericht Frankfurt/ Oder  
PF 1175  
15201 Frankfurt/ Oder

26 C 88/24, Az. 16 T 82/24 Az. 16 T 32/24

Erkner, den 27.07.2025

Guten Tag

Ihre Kostennoten 1624500010471 und 1624500021726 jetzt gesammelt in 6625160000426 vom 22.07.2025 Landeshauptkasse Brandenburg, Nähe General-STA, Brandenburg a.d.H.

weise ich als unbegründet zurück ... aus Sicht des Bürger Jung ist es so, dass im Geltungsbereich des Grundgesetz können mit Unrecht entstandene Rechnungen bzw. Forderungen keine Rechtskraft produzieren ... daraus leitet der Bürger Jung die Gründe der Ablehnung ab.

Die o.g. Rechnungen Landesjustizkasse vom 22.07.2025 sind nicht Ergebnisse von Gerechtigkeit und aus Vernunftgründen und dem Willen gerecht zu entscheiden entstanden, sondern aus dem Bewußtsein einer Macht heraus „Wer kann, der kann!“ bzw. aus niederen Motiven, indem ein an sich bestehendes Recht nur deshalb angewendet wird, um den Bürger Jung einen Schaden, in der Absicht sich oder Dritte rechtswidrig Vorteile zu verschaffen, zuzufügen, dazu durch Täuschung Irrtum zu erregen und zu unterhalten, um bis in die Zukunft hinein schreckliche Schwierigkeiten (inkl. Einträge in Schufa und Träger negativ Score) bereiten zu können.

Gerechtigkeit war/ ist nicht der Juristenplan ... jeder Widerspruch gegen das Urteil wird mit "Es sind keine neuen Argumente hinzugekommen!" gebrochen ... bedeutet, wenn auf dem Übel kein neues Übel drauf gesetzt wurde, sollte Bürger Jung sich darüber freuen und abfinden ... bedeutet, das Übel wird klein und niedrig gemacht, bis es nicht mehr existiert und Rechtskraft erlangt bzw. zum Gewohnheitsrecht wird = Unrecht wurde/ wird in geltendes Recht gewaschen.

So wie bei Geldwäsche erbeutetes Geld über "normale Strukturen" sauber gewaschen wird, wird das Übel Unrecht über nachgeordnete Strukturen (Rechtsfolgen durch Landesjustizkassen, Banken für Kontenpfändungen, Verwaltung zur Durchsetzung Enteignung von Sonderwohneigentum und Abbruch Warm -Wasserversorgung zur Wohnung des Bürger Jung u.a. Schikanen ff.) rein gewaschen.

Die Beweisführung ergibt sich aus Behörden bekannte Befangenheitsanträge, Erinnerungen, Beschwerden Anzeigen, welche sich abwechselnd durch AR Schlenker und LGR Scheel gegenseitig schützt, durch innere falsch verstandener Kollegialität von Gerichte und wie Art Amtshilfen von Strukturen des Mdl über StA /GStA flankierend geschützt wird, was das Mdl zum Auftraggeber des Übels Unrecht macht.

Behörden spekulieren darauf, dass ein behördlicher Zusammenhalt die Unglauwürdigkeit des Bürger Jung erschüttert ... zudem ist Papier geduldig bzw. ein Verfahren wird gegenüber der Zielperson als Briefkasten-Verfahren mittels Behörden - Equipment organisiert, also mit fremden Händen geführt.

Verursacher verlassen sich auf Automatismus jüngerer Generation, die der Karriere oder sonstigen Gründen wegen gern dazu neigen, einer "erfahrenen Aktenlage" zu folgen und dem Inhalten glauben zu schenken.

Oft wird der Einfluß der Vorzimmer auf die Rechtsprechung aber auch eine kollegialen Verbindungen zu anderen Behörden nicht ausreichend berücksichtigt, gleichwohl es nach Eigenaussage des LG bekannt ist.

Hauptfunktion des Schwerbehindertenausweis wurde mißachtet ... Hauptfunktion ist, den Behinderten vor ungerechtfertigte Behörden - Maßnahmen zu schützen ... dieser Schutz wurde vorsätzlich aufgehoben... wenn 20 Jahre Vollstreckungsbehörde LOS inkl. Polizei & Stadt Erkner, VG., AG, LG, Rechtsanwaltskanzlei Rüdersdorf usw. immer gleiche Beamte / Angestellte gegen den Behinderten aktiv werden und sich gegenseitig schützen, machen sich Fragen anderer Natur auf ... im besoffenen Zustand wäre blitzschnell dafür "Komplott" die Beschreibung... sei wie es sei ... vom Grundgesetz der BRD inkl. Grundrechte und Verfassung der ehemaligen DDR- wird dies nicht gedeckt.

Bedeutet, auf o.g. Art Übel zu einem Recht zu waschen und dadurch Rechtskraft zu geben, was ggf. für Zwangsmaßnahme/ Zwangsvollstreckungen Voraussetzung ist, zerstört naturgemäß Leben als Leben, nimmt es zumindest leichtfertig in Kauf ... unter dem Strich ist es besonders perfide, da es sich nach außen hin als Gerechtigkeit ggf. sogar als Retter begreift und auch so verstanden werden möchten.

Auf Einlassungen Verfahren 26 C 88/24, Az. 16 T 82/24 Az. 16 T 32/24 wird verwiesen.

Eher liegt nahe, dass die Jahrzehnt ausgelöst Kette von Übel die Einschätzung des Chef für Verfassungsschutz a.D. vom April 2025 beschreibt. (siehe unten)

O.U., den 27.07.2025

Mit freundlichen Grüßen Jung

